

POLIZEI REPORT

G 58066
ISSN 1619-0335
Nr. 37
Dez. 2010



**BEZIRKSGRUPPEN POLIZEIZENTRALBEHÖRDEN HESSEN UND
HESS. BEREITSCHAFTSPOLIZEI IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen
Polizeizentralbehörden und Hessische Bereitschaftspolizei der
Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdI, HPA und
PTLV und die Hessische Bereitschaftspolizei, die Wasserschutz-
polizeiabteilung und Polizeihubschrauberstaffel mit den Standorten
in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden und Egelsbach

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Hess. Polizeizentralbehörden
Gerhard Ruppel (Vi.S.d.P.), Heidi Rüdig,
Ralf Humpf
Hölderlinstraße 5, 65187 Wiesbaden

GdP BZG Hessische Bereitschaftspolizei
Jens Mohrherr (Vi.S.d.P.)
c/o Friedrich-Ebert-Allee 12,
65185 Wiesbaden

Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK
57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 1619-0335)

Aus dem Inhalt

Innenminister Boris Rhein reagiert	5
Blitzlicht aus dem Jahr 2007	7
CASTOR-Einsatz	9
Bewertung durch die GdP in der Bundepressekonferenz	13
„Schuldenverbot“ - ein Bumerang	14
Damals: Startbahn West	15
Dt. Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten	16
GdP-Frauengruppe	17
Buchtip	17
Wechsel im Personalrat	18
JHV der KG MUDRA	19
Bundesfachausschuss BePo tagte	20
120 Jahre GdP	20
Seniorensseminar	21
Unterhaltsrecht	23
Kooperation für GdP-Mitglieder	24

Vorwort



Jens Mohrherr

Henning Möller hat mit Ende des Monats September sein Amt als Vorsitzender des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei abgeben, welches er 22 Jahre inne hatte. Dem Gremium hat er 30 Jahre angehört und sozusagen mit 30 Lebensjahren begonnen, die Geschicke der Polizeibeschäftigten landesweit mit zu gestalten.

Innenminister Boris Rhein und Staatssekretär Werner Koch ließen es sich nicht nehmen, Henning Möller persönlich für seine Verdienste im Rahmen der Klausurtagung in Zella – Willingshausen zu danken. Dies ist nicht zuletzt aus meiner Sicht auch ein klares Signal für uns Polizeibeschäftigte. Minister und Staatssekretär gehören zu ihrer Polizei!

Anfang Oktober habe ich den Vorsitz im HPR angetreten. In Wiesbaden bin ich beheimatet und gehöre dem Gremium bereits seit 2004 als stellvertretender Vorsitzender an. Gemeinsam mit Henning Möller habe ich die letzten sieben Jahre in der Geschäftsführung die Geschicke des HPR mit gelenkt. Dies wäre mir aber nicht möglich gewesen, wenn ich nicht das Vertrauen und den Rückhalt meines Personalrates beim Bereitschaftspolizeipräsidium gehabt hätte. Es waren die Kolleginnen und Kollegen des dortigen Personalrates, angeführt von Roland Kramer als Vorsitzenden, die sozusagen meine geschäftsführende Tätigkeit im Hauptpersonalrat seit den letzten Personalratswahlen mit einer Freistellung mitgetragen haben. So habe ich die meiste Zeit meinen Schreibtisch im Innenministerium besetzt gehalten und für den örtlichen Personalrat nur aus der Ferne wirken können.

Die Tätigkeit in einem Gremium, welches sich aus 17 unterschiedlichen Charakteren zusammensetzt und in dem alle Bereiche der hessischen Polizei sich wiederfinden, macht die Aufgabe sicherlich nicht leicht – bringt aber auch Herausforderungen mit sich. Schließlich sind wir eine Polizei, die sich aus unterschiedlichen Sparten zwar zusammensetzt – jedoch nur als eine Einheit erfolgreich sein kann!

Gestärkt durch viele Gespräche bei der zurückliegenden Klausurtagung im September in Zella hat mir

das Gremium eine gute Basis gelegt, die es braucht, um in den nächsten Jahren bestehen zu können. Haushaltskonsolidierung und Bankenkrise werden uns noch manchen Stein in den Weg legen.

Mit Innenminister Boris Rhein und Staatssekretär Werner Koch verbindet den Hauptpersonalrat bereits eine zweijährige Zusammenarbeit. Der ehemalige Staatssekretär und der ehemalige Leiter Z standen dem Gremium immer als Gesprächspartner zur Verfügung, so wie es das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) auch vorsieht. Zum neuen Leiter der Abteilung Z im HMdLuS wurde mit Günter Hefner ein „Polizeikenner“ berufen.

Neben Menschlichkeit und Kollegialität sind es die zahlreichen Erfahrungen, die Hefner aus unterschiedlichen Ämtern innerhalb der Polizei mitbringt, die es auf diesem Posten braucht. Selbiges gilt für den neuen Landespolizeipräsidenten, Udo Münch, der sicherlich auch in seinem neuen Amt die fachlichen Erörterungen kompetent im Hauptpersonalrat intensiv fortführen wird. Im Mitarbeiterbrief hat der neue Landespolizeipräsident Münch seine Ziele an uns mitgeteilt. Wir wollen und werden ihn dabei unterstützen – gleichermaßen bleiben wir aber als Personalvertreterinnen und Personalvertreter gewohnt kritisch, im Sinne unserer Aufgaben als Interessenvertretung aller Polizeibeschäftigten.

Dass sich in den letzten Wochen die Medien mit einer Negativberichterstattung über die hessische Polizei ergossen haben, wird der Arbeit, die unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort leisten, nicht gerecht! Bestes Beispiel sind doch die in dieser Ausgabe geschilderten Einsatzerfahrungen rund um den Castor – Transport in und um Gorleben. Hier halten sich Presse- und TV-Berichterstattung zurück, wenn es gilt, über Arbeitsdruck und Entbehrungen während der Dienstausbildung zu berichten. Zu der publizierten „Führungskultur“ haben wir in der Vergangenheit bereits mehrfach Stellung bezogen. Unsere Warnungen, respektive unsere Kritiken, wurden jedoch von den Verantwortungsträgern nicht entsprechend aufgegriffen. Letztendlich haben wir alle uns zustehenden rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, um unseren Auftrag gerecht zu werden.

Den Hauptpersonalrat der Polizei beschäftigen in diesem Jahr noch wichtige Themen. Beispielsweise ist noch über die Ausführungsbestimmungen für IZEMA und der Einführung der neuen Version 11 zu reden. Darüber hinaus sind Personalentwicklung sowie Abordnungen von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten Dauerthema in jeder Sitzung. Auch hier wollen und müssen wir die Gespräche mit Minister und Staatssekretär intensivieren.

Hier und da bin ich bereits zu Personalversammlungen bei unter-

schiedlichen Behörden eingeladen bzw. habe bereits teilgenommen. Auf diese Begegnungen mit den Kolleginnen und Kollegen freue ich mich schon jetzt, denn hier kann ich Basismeinungen und Stimmungen für die tägliche Arbeit aufnehmen.

Als Vorsitzender der Hessischen Polizeistiftung, das bringt das Amt des HPR – Vorsitzenden automatisch mit sich, werbe ich bei allen Kolleginnen und Kollegen um Unterstützung. Durch eine Fördermitgliedschaft oder Spende, können Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu beitragen, dass die Hessische Polizeistiftung auch weiterhin im Dienst verletzte Kolleginnen und Kollegen, sowie in schlimmsten Fällen auch im Dienst zu Tode gekommene Kolleginnen und Kollegen bzw. deren Angehörige unterstützen. Auf den Seiten des Hauptpersonalrates der Polizei im IntraPol können Sie sich gerne Informationen zur Hessischen Polizeistiftung herunterladen. Darüber hinaus steht Ihnen allen auch unsere Geschäftsführerin der Polizeistiftung, Frau Wendling, unter der Rufnummer: 0611 – 353 – 1773 bei Fragen zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen allen und Ihren Familien und Angehörigen eine schöne Vorweihnachtszeit, ein friedvolles und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2011.

Ihr

Jens Mohrherr

Die Vorstände der Bezirksgruppen Polizeizentralbehörden und Hessischen Bereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei, die Redaktion des Polizei-Reports und der Verlag wünschen allen Kolleginnen und Kollegen, ihren Angehörigen sowie den Inserenten und Freunden der Polizei fröhliche Weihnachtstage und ein glückliches, erfolgreiches Jahr 2011

Unser besonderer Gruß gilt den älteren und kranken Kolleginnen und Kollegen und all denen, die an den Feiertagen Dienst verrichten müssen.



Innenminister Boris Rhein reagiert

Landespolizeipräsident in den einstweiligen Ruhestand entlassen



Dass das Verhältnis zwischen dem (damaligen) Staatssekretär Boris Rhein und dem zur derzeit tätigen Landespolizeipräsidenten „ein angespanntes“ war, kann man nicht nur im Nachhinein konstatieren. Schon bei der Berufung des damals 36-jährigen Rhein ins Amt des Innenstaatssekretärs war spürbar, dass der Landespolizeipräsident alles andere als angetan mit dieser Entscheidung war.

Wahrscheinlich lag es am doch recht jugendlichen Alter seines damals neuen „Chefs“. Dies blieb natürlich auch einem Herrn Rhein nicht verborgen.

Letztlich hat Innenminister Boris Rhein im November dann die Entscheidung getroffen, einen neuen Landespolizeipräsidenten zu berufen und den „alten“ abzulösen.

Pressedarstellungen:

Bereits in der Woche vor dem 2. November kursierten die wildesten Personalgerüchte in der Presse. Dies brachte auch erhebliche Unruhe in den Kreis der Polizeibeschäftigten. Permanent wurde eine „neue Sau“ durchs Dorf getrieben und es erweckte den Anschein, dass die Führung der hessischen Polizei ziemlich „abgewirtschaftet habe“. So spiegelte es in zahlreichen Gesprächen jedenfalls die Bevölkerung wider. Angefangen von den Berichten in

der Presse, „es werde bei der Polizei gemobbt“ und „Akten unterdrückt“ bzw. „geheime Akten“ geführt bis hin zu einer „dirigistischen Führungskultur“ wurde die Presse nicht müde, „neues“ aus dem Polizeibereich zu berichten. Die meisten Polizeibeschäftigten bedauern dies – leisten sie doch hervorragende Arbeit. Doch dazu später noch einige Worte mehr.

Boris Rhein als Innenminister war seinerzeit angetreten, eine neue Führungskultur in die Polizei zu bringen. Unter anderem hatte er dies auch bei seinen Auftritten bei der GdP öffentlich bekundet. zuletzt beim Landesdelegiertentag der hessischen GdP in Weilburg an der Lahn im März diesen Jahres.

Leitbild:

Nach dem Willen der Koalitionäre der 14. Wahlperiode des Hessischen Landtags von 1995-1999 entwickelten die Kolleginnen und Kollegen der Hessischen Polizei ein eigenes Leitbild. Wesentlicher Kernpunkt dieses selbsterarbeiteten Leitbildes war eine transparente Führungskultur mit dem Ziel eines guten Betriebsklimas und einer möglichst hohen Arbeitszufriedenheit. Dieses Leitbild fand seit der Ablösung des ersten Landespolizeipräsidenten Dr. Udo Scheu indes keine Berücksichtigung mehr.

Norbert Nedela als neuer LPP hatte seit seiner Berufung im Jahr 2003 eigene Wege beschritten – mit dem Erfolg, dass viele Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aus dem höheren Dienst, die dirigistische Führung zu spüren bekamen. Im Gegenteil: Schnell wurde klar, dass ein dirigistischer Führungsstil Einzug gehalten hatte, der seinen vorläufigen Höhepunkt mit der Bekanntgabe einer Dreiklassengesellschaft des Höheren Dienstes erreichte. Bemerkenswert war, und das ist das eigentlich Deprimierende, dass Niemand aus dieser Dreiklassengesellschaft offen widersprach. So war es nicht verwunderlich, dass sich ein beklagenswertes Führungssystem entwickeln konnte, welches zudem noch von den Regierenden nicht nur toleriert, sondern auch goutiert wurde.

Konsequenzen:

Dies hat Innenminister Boris Rhein (unter anderem) offenbar derart missfallen, dass er nun die Konsequenzen gezogen hat. Der Minister sagte, „dass diese Entscheidung wegen Differenzen in Fragen der Führung der hessischen Polizei erforderlich gewesen sei“. An dieser Stelle wird es kein Nachtreten geben, dies ist nicht Stil der GdP.

Neuer Landespolizeipräsident berufen:

Der bisherige Inspekteur der hessischen Polizei, Udo Münch ist jetzt neuer Landespolizeipräsident. Dies beschloss das Kabinett auf Vorschlag von Innenminister Boris Rhein. Mit Münch wechselt kein Unbekannter auf den Chefsessel des Abteilungsleiters des Landespolizeipräsidentiums. Seit Mai 2006 war er Inspekteur der Polizei (IdP), er folgte Norbert Glück ins Amt nach, und ist als Verhandlungspartner im Hauptpersonalrat als auch in der GdP ein von Sachverstand und Menschlichkeit geprägter Gesprächspartner. Wermutstropfen am Rande: Auch Münch hatte seinerzeit während der Ereignisse um die Postkartenaktion die Mitgliedschaft in der GdP aufge-

geben, weil der damalige Landespolizeipräsident „Druck“ gemacht hatte.

Wir als GdP hoffen mit ihm in fairen Diskussionen und Gesprächen die Belange der hessischen Polizeibeschäftigten nach vorne bringen und die hessische Polizei in personeller Sicht zukunftsfähig machen zu können. Aber der neue Landespolizeipräsident hat auch eigene Vorstellungen der Amtsausübung.

Auszüge aus seinem Mitarbeiterbrief:

(...) Es ist daher an der Zeit, dass wieder Ruhe einkehrt und wir uns ganz auf unsere eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Der jetzt geforderte Neuanfang kann allerdings nicht bedeuten, alles Bisherige gänzlich in Frage zu stellen, sondern wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, auf Bewährtem aufbauen und dies gemeinsam weiterentwickeln.

Offenheit und Ehrlichkeit sind mir dabei besonders wichtig. Wir müssen in allen Hierarchieebenen wieder eine Vertrauenskultur schaffen, in der Entscheidungen transparent gemacht werden und es auch erlaubt ist, Fehler zu machen. Auch Kritik muss zugelassen werden und darf nicht zu negativen Konsequenzen führen, aber - und das sage ich ganz deutlich - sie muss sachlich und angemessen sein. Diese angemessene Sachlichkeit fehlt einigen Kommentierungen der letzten Tage in der aktuellen Medienberichterstattung leider gänzlich.

Zu einer veränderten Führungs- und Vertrauenskultur gehört ein respektvoller Umgang auf allen Ebenen, den ich von jeder einzelnen Kollegin und jedem einzelnen Kollegen erwarte. Der Schritt in die Öffentlichkeit sollte dabei nicht zwangsläufig der erste sein. Wir verfügen in der hessischen Polizei über ein breites soziales Netzwerk mit vielen Ansprechpartnern zu den unterschiedlichsten Problemstellungen, an die sich Hilfesuchende schon jetzt direkt wenden können. Ich appelliere an Sie, dieses Angebot auch weiterhin zu nutzen, damit wir gemeinsam eine für alle Betei-

ligten optimale Lösung erarbeiten können. (...)

Im Rahmen der anberaumten Pressekonferenz im HMdluS zur Vorstellung des neuen LPP sagte Innenminister Rhein: „Der neue Landespolizeipräsident hat nicht den Auftrag, die hessische Polizei neu zu erfinden. Er wird aber die Führungskultur innerhalb der Polizei neu definieren“.

Mit der Ernennung zum Landespolizeipräsidenten übernimmt Udo Münch eine wichtige strategische Steuerungsinstanz im Innenministerium. Vom Rechtsstatus her nimmt das Landespolizeipräsidium als Abteilung des Innenministeriums die Aufgaben der obersten Polizeibehörde wahr. Der Landespolizeipräsident hat die Aufgabe, das Landespolizeipräsidium zu führen. Das alle Ziele nicht von heute auf Morgen zu erreichen sind, dessen sind wir uns bewusst. Aber wir werden wie bisher auch kritisch und ehrlich das Tun des neuen Landespolizeipräsidenten kommentieren.

Ihm zur Seite steht Hermann Josef Klüber als Vizepräsident mit eigenen Aufgabenfeldern. Auch der LPVP ist für Hauptpersonalrat und GdP kein Unbekannter – es gilt auch mit ihm bereits beschrittene Wege fortzusetzen.

Personalkarussell in den Spitzenämtern dreht sich weiter:

Weiterhin wurde bekannt und auch im Rahmen einer Pressemitteilung veröffentlicht, dass auch die Vakanz in der Leitung der Abteilung Z im HMdluS geschlossen werde. Hier wird mit Günter Hefner kein Unbekannter „als neuer dritter Mann“ im Innenministerium demnächst wirken. Insbesondere für die Polizei ist es sehr wichtig, dass ein profunder Kenner diesen Posten besetzt.

Als ehemaliger Landespolizeivizepräsident, Polizeipräsident und Leiter verschiedener Verwaltungen in einer Polizeibehörde bringt der „passionierte Jäger“ ein Rüstzeug für die neue Aufgabe mit, die sich sehen lassen kann.

Ihm nachfolgen in das Amt des Polizeipräsidenten beim PP SOH wird sein bisheriger Stellvertreter, Roland Ullmann. Ebenfalls kein „Newcomer“, bekleidete er doch die Vizepräsidentenämter bisher in insgesamt drei Polizeibehörden (PP MH, PP WH und PP SOH).

Zwischenzeitlich wurde auch die Vakanz des Vizepräsidenten beim PP MH geschlossen – hier wurde Peter Kreuter neuer Vizepräsident und verließ damit das PP Frankfurt, dort war er Leiter der Verwaltung.

In der Führungsmannschaft des PP Frankfurt wurde ebenfalls ein Loch in der Führungsriege geschlossen. Mit Gerhard Bereswill wurde ein profunder Polizeikenner neuer Vizepräsident. Für alle genannten Führungskräfte kann man die (neue) von Innenminister Boris Rhein ausgerufene Führungskultur unterstellen. Menschlichkeit, Offenheit im Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind keine Floskeln sondern werden gelebt.

Zu den weiteren Rotationen im Bereich der Spitzenämter wollen wir an dieser Stelle keinen Kommentar abgeben. Zum einen sind in diesem Zusammenhang laufende Gerichtsverfahren anhängig, zum anderen entbietet es der faire Umgang miteinander, nicht jede temporäre Maßnahme öffentlichkeitswirksam aufzugreifen.

Forderung der Polizeibeschäftigten:

Die Polizeibeschäftigten haben es verdient, dass man bei aller öffentlichkeitswirksamen Berichterstattung endlich sachlich über die Arbeit der Polizeibeschäftigten berichtet. Wer nimmt Notiz davon, dass hessische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte (als Angehörige der HBP im Einsatz) im Rahmen des Castoreinsatzes im niedersächsischen Gorleben bis zu 30! Stunden Dienst versehen mussten – ohne Pausen. Dass diese Kolleginnen und Kollegen dann auch noch miserabel untergebracht und schlecht gepflegt wurden, ist nicht mehr als eine Randnotiz im Gazettenwald wert.

Auch äußerte sich der ehemalige Bundesvorsitzende der GdP in seiner letzten Bundespressekonferenz: „Fußballeinsätze, Großdemonstrationen und der Schutz von sogenannten Mega-Events steigen rapide an, die alltägliche Kriminalitätsbekämpfung und Verkehrsüberwachung haben schon heute das Nachsehen. Der Schutz der Bürger im Alltag kommt zu kurz. Der Polizei fehlen zunehmend Personal, Ausstattung und die notwendigen Gesetze, um die Sicherheit des Landes weiterhin zu garantieren. In der Innenpolitik ist seit langem Hängen im Schacht.“ Sorge bereitet dem Gewerkschaftsvorsitzenden, dass sich große gesellschaftliche Konflik-

te abzeichnen und die Politik zunehmend in ihrer Mediatorenrolle versagt. Freiberg: „Großprojekte wie Stuttgart 21, die neu entfachte Diskussion um die Kernenergie, sich verschärfende soziale Schief lagen, Integrationsprobleme und eine zunehmende Gewaltbereitschaft stellen die Polizei vor nicht mehr zu bewältigende Aufgaben.“ Hinzu käme, so der GdP-Vorsitzende,

- | eine zunehmende Gewaltentwicklung und steigende Straftaten im rechts- und linksextremistischen Spektrum,
- | eine personalintensive Beobachtung und Bewachung der aus

der Sicherungsverwahrung freigelassenen Sexualstraftäter,

- | ein hoher Fahndungs- und Beobachtungsdruck zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

Bereits in den zurückliegenden Jahren wurde die Polizei massiv abgebaut. Nach der GdP vorliegenden Zahlen sind von 2000 bis 2008 9.256 Stellen im Polizeivollzugsbereich ersatzlos gestrichen worden. Von ehemals 273.096 Beamten sind heute nur noch 263.840 im Einsatz. Das ist ein Rückgang von 3,4 Prozent.

GdP

Blitzlicht aus dem Jahr 2007:

Da wurde ihm die Milch sauer

Landespolizeipräsident Nedela kann die Wahrheit nicht ertragen

Was war passiert, dass sich Herr Nedela, Landespolizeipräsident von Bouffiers Gnaden, so erzürnt hat? – Eine Regionalzeitung, hier die Taunus-Zeitung, berichtete über die Arbeit und den Zustand der Bad Homburger Polizei. Auslöser hierfür waren gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und dem anschließenden Ruf nach mehr Polizeipräsenz von Kommunalpolitikern aller Fraktionen im Stadtparlament. Also recherchierte der Zeitungsredakteur bei der Bad Homburger Polizei und berichtete über das, was ihm so erzählt wurde. Eigentlich für einen demokratischen Rechtsstaat etwas ganz Normales. Die aufgeführten Beispiele entsprechen durchaus der Realität, waren nicht einmal überspitzt formuliert. Es war ja richtig, dass „seit mehreren Monaten gut ausgebildete Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei in der Telefonzentrale sitzen, weil dort die beiden Angestellten ausgeschieden sind und kein Ersatz da ist.“ Genau so ist richtig, dass Beamtinnen und Beamte mehr Zeit für Wartung und Pflege der Dienstfahrzeuge aufwenden müssen, seit die eigene Kfz-Werkstatt geschlossen wurde. Es lässt sich auch nicht leugnen, dass durch den Wegfall von ehemals zwei Hausmeistern so



manche Arbeit von den Beamtinnen und Beamten gemacht wird, werden muss. Ferner entspricht es ebenfalls den Tatsachen, dass die Erhöhung der Arbeitszeit als Gegenrechnung von Personalabbau erhalten musste. Innenminister Bouffier hat diese Milchmädchenrechnung oft genug in der Öffentlichkeit unserer Gewerkschaft vorgerechnet. Verständlicher Weise denken dann manche Kolleginnen und Kollegen „mit Grauen“ an Tage, an denen gleich mehrere „Großereignisse“ zusammentreffen und Polizeieinsatz geboten scheint. Unweigerlich richtig ist auch, dass

das „Abfeiern“ von Überstunden „zu Lasten von Präsenz und Kriminalitätsabwehr“ gehen. Ja und natürlich bedeutet der Aufstieg des SV Wehen eine weitere Belastung auch der Bad Homburger Direktion. Wenn der Stationsleiter mit den Worten zitiert wird, „wir haben heute die gleiche Personalstärke wie 1976“, dann entspricht auch dies den Tatsachen. Und recht hat er, wenn er sagt, „es wäre schön, wenn wir uns Leute klonen könnten.“

Der geneigte Leser wird sich jetzt fragen, wann kommt denn nun der Hammer, der die Milch von LPP Nedela sauer werden ließ? Nichts da, es kommt nicht mehr. Die oben angeführten Ausführungen waren schon Alles. Sie führten dazu, dass der pfeifenrauchende Alleskönner schier aus dem Häuschen war.

Der Stationsleiter wurde zu seinem Präsidenten bestellt, der ihm wohl die Verärgerung im Landespolizeipräsidium Nahe brachte. Nedela selbst ließ es sich aber nicht nehmen über diesen „Fall“ in der für den gleichen Tag anberaumten „Stationsleitersitzung“ in epischer Breite zu referieren. Dabei putzte Nedela den nicht anwesenden Stationsleiter runter, wobei man eine Stecknadel hätte fallen hören kön-

nen. Dieser Stationsleiter, der ihn, Nedela, noch in der vorherigen Sitzung mit seinen „Druckerproblemen“ belästigt habe. Dieser könne natürlich nicht anwesend sein, da er sich ja jetzt zu der Pressegeschichte äußern müsse.

Manch einer der Anwesenden konnte sich nach den Tiraden Nedelas, sogar eine Amtsenthebung des Stationsleiters vorstellen.

Nedela hat damit vermutlich das erreicht, was er wollte und was zu seinem Führungsstil gehört, Einschüchterung und Angstverbreitung.

Er versucht, ein halbes Jahr vor den Landtagswahlen besonders angespannt, „seinem“ Minister den Rücken freizuhalten – auf dem Buckel von Nachgeordneten.

Wie heißt es im längst vergessenen „Leitbild der Hessischen Polizei“:

„Wir sind offen, verständnisvoll und tolerant.“

„In Führungsverantwortung sind wir positive Vorbilder.“

„Wir sind partnerschaftlich und bereit für offene Gespräche.“

Bewusst will ich gar nicht darauf eingehen, ob sich ein Stationsleiter in dieser Form gegenüber der Öffentlichkeit äußern sollte oder nicht.

Fakt ist, er hat die Wahrheit gesagt, also kann es lediglich um die Form gehen.

Fakt ist auch, dass die Reaktion des Landespolizeipräsidenten darauf völlig unangemessen war. Dieses Verhalten passt in die Schublade

totalitärer Staaten, in der hessischen Polizei hat es nichts zu suchen.

Die unbestrittene Fachkompetenz von Nedela tritt durch mangelnde Sozialkompetenz dabei in den Hintergrund.

Dem Innenminister müsste man eigentlich raten, seinen LPP zu entlassen, zumindest aber ihn etwas kürzer an der Leine zu halten – aber wir wissen ja, in sechs Monaten sind Wahlen, da passiert nichts mehr.

Und noch eine Anmerkung. Warum steht eigentlich keiner der anwesenden Stationsleiter auf und steht seinem Stationsleiterkollegen bei? Das wäre ein Akt von Zivilcourage und Solidarität – oder ist die Einschüchterungstaktik schon so weit aufgegangen, dass sich keiner mehr traut? – Mensch wehrt Euch!

Dieter Kurth

November 2010: Kurz nach 10 Uhr am 9.11. war der längste CASTOR- Einsatz im Wendland beendet

Lange Einsatzzeiten und schlechte Unterbringung belasten auch hessische Einsatzkräfte

Wie in vielen zurückliegenden Jahren auch, hat die Hessische Bereitschaftspolizei den diesjährigen Castoreinsatz in Niedersachsen begleitet. Bedingt dadurch, dass alle Länderpolizeien und die Bundespolizei erhebliches Personal abgebaut haben und auch noch abbauen, ist es logische Folge gewesen, dass die Hessen unterstützen. Aber darüber hinaus haben auch andere polizeiliche Kräfte aus Hessen, die nach den ersten Einsatztagen bundesweit nachgefordert wurden, Dienst in Niedersachsen geleistet. Bundesweit sind die Polizeien der Länder mit ihren letzten Reserven mobilisiert worden.

Dazu kam, dass die politische Irrfahrt der Bundesregierung, die den mühsam errungenen Atomkonsens aufgekündigt hat, den Widerstand der Anti - Atombewegung erst recht auf den Plan gerufen hatte. Es stellt sich die Frage, ob die politischen Entscheidungen nicht auf den Rücken unserer Polizeibeamtinnen



und Polizeibeamten ausgetragen werden. Dazu kommt der bereits beschriebene Personalabbau, der den Spitzenpolitikern doch nicht verborgen geblieben sein dürfte. „Die Polizei gerät immer mehr in die Rolle des Erfüllungsgehilfen politischen Machterhalts“, so der Bun-

desvorsitzende Konny Freiberg. Und weiter: „Die intransparente, widersprüchliche und einseitig gönnerhaft erscheinende Politik der Regierung treibt die Bürgerinnen und Bürger zu Recht auf die Straße. Es war daher nicht gewagt, den Protesten gegen den Castor-Transport

eine neue Dimension zu prophezeien. Den Zorn und die Enttäuschung über solches Handeln laden die Demonstranten bei der Polizei ab, die in einer unfreiwilligen wie undankbaren Puffer-Position und durch massive Einsatz-Überlastung zerrieben wird.“ „Dieser Einsatz, der allen eingesetzten Kräften bis auf die Knochen zugesetzt hat, muss in dieser Größenordnung ein einmaliger bleiben. Die Reserven sind aufgebraucht und jetzt ist höchstens eine kleine Verschnaufpause möglich, bevor es in das nächste Fußball-Wochenende geht.“ Dies trifft auch für Kräfte der Hessischen Bereitschaftspolizei zu.

Nach Beendigung der Einsatzmaßnahmen und der anschließenden Rückfahrt nach Hessen in die entsprechenden Standorte bleibt kaum Zeit zum durchatmen. Die anstehenden Einsätze in den Fußballstadien sowie erneute länderübergreifende Einsatzmaßnahmen lassen kaum Zeit, Kraft für neue Aufgaben zu schöpfen. Von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz zu schweigen! Kinder sehen ihre Väter und Mütter nicht, Ehefrauen und Ehemänner ihre entsprechenden Partner nur zum Wäschewechsel bzw. zum Ausschlafen. Insbesondere durch den Personalabbau und der Reduzierung der Einsatzeinheiten der Hessischen Bereitschaftspolizei sollte darüber nachgedacht werden, wie mittelfristig außerhessische Einsatzlagen abgedeckt werden sollen, ohne die

anstehenden Einsatzlagen im eigenen Bundesland nicht zu vernachlässigen.



Überstunden im mehrstelligen Bereich, an Wochenenden im Einsatz, arbeiten bis zum Umfallen – das ist für zahlreiche Kolleginnen und Kollegen kein Einzelfall, sondern der Alltag. Dramatisch ist, dass dieses Phänomen nicht nur auf einzelne Bereiche begrenzt ist, sondern nahezu flächendeckend und aufgabenübergreifend beobachtet wird. Die Gewerkschaft der Polizei hat in ihrer Verpflichtung den Mitgliedern gegenüber bereits in der Vergangenheit auf die Unzumutbarkeit der Einsatzbelastung hingewiesen und wird dies auch in Zukunft tun. Polizeiliche Aufgaben unterliegen ständigem Wandel, angepasst an gesellschaftliche Entwicklungen und Bedürfnisse. Auf der anderen Seite entfallen selten alte Probleme, so dass es nicht zu einer Schwerpunktverlagerung kommt, sondern zu einer Zunahme der Tätigkeiten. Gleichzeitig gibt es aber nicht mehr Schultern, auf die die Arbeit verteilt werden kann. Unter dieser Arbeits-

verdichtung und der gestiegenen Gewalt gegenüber der Polizei leidet inzwischen die Gesamtorganisation, die ihre Aufgaben dennoch nach wie vor so meistert, dass die Bevölkerung kaum etwas von den Problemen mitbekommt.

Der Anstieg der Krankenquoten, die Zunahme von Burn-Outs und Depressionen sprechen eine eindeutige Sprache. Sicherlich symptomatisch für die Entwicklung ist die Bereitschaftspolizei. In erster Linie leiden die dortigen Kolleginnen und Kollegen unter dem kontinuierlichen Anstieg der Einsatzeinsätze. An fast jedem Wochenende muss ein Großaufgebot zu Fußballereinsätzen bis in die untersten Ligen anreisen, häufig zu mehreren Spielen hintereinander.

Die Zahl der länderübergreifenden Einsätze nimmt dabei ebenso zu wie das Erfordernis, bei links- oder rechtsextremen Veranstaltungen vor Ort sein zu müssen.

Hinzu kommen oft unsägliche Diskussionen um die entsprechenden Vergütungszeiten für die geleisteten Einsätze. Die Arbeitszeitverordnungen der Länder sind die Theorie – die Praxis sieht anders aus. Turnhallen als Unterbringungsstätten, 10 – Bettzimmer und wenige Sanitäreinrichtungen für Hundertschaften werden einerseits ignoriert, andererseits nicht als Einflussgröße für menschenunwürdige Unterbringungen herangezogen.

Die Personalräte müssen sich oft nach belastenden Einsätzen mit der Behörde über offene Vergütungsfragen „streiten“. Immer wieder wird darüber diskutiert, ob Bereitschaft angeordnet wurde oder ob eine „Freizeit“ angeordnet war. Aus personalrätlicher Sicht sind Einsätze vom Verlassen der Unterkunft (Heimatsdienststelle) bis zur endgültigen Rückkehr (Heimatsdienststelle) durchgehend zu vergüten – ohne wenn und aber!

Selbst die Abgeordneten im Europaparlament sind sich seit Jahren nicht einig, was die Vergütung von aktiven und inaktiven Bereitschaftszeiten anbelangt. Solange hier keine europaweite Rechtssicherheit herrscht, ist das geltende (hessische)



Recht anzuwenden. Dieses besagt in Hessen, das Bereitschaftszeiten durchgehend zu vergüten sind.

Die Bereitschaftspolizei der 16 Bundesländer und des Bundes ist in ihrer Struktur und Aufgabenvielfalt so bunt, dass sie für viele ein unüberschaubares Gebilde ist. Zusätzlich entfaltet der Föderalismus seine Wirkung: Jedes Land und der Bund entscheidet selbst, wie und wo er seine Bereitschaftspolizei vorhält und welche Aufgaben sie wahrzunehmen hat. Dabei werden eigene personelle Versäumnisse in den Ländern, auch in Hessen, versucht zu kaschieren. Die offizielle Eingliederung zweier Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main in das Verwaltungsabkommen machen deutlich, dass von eigenen Personaldefiziten abgelenkt werden sollen. Anders ausgedrückt: Wann werden Kräfte des PP Frankfurt am Main in länderübergreifenden Einsätzen eingesetzt?



Daraus ergibt sich eine Vielzahl von unterschiedlichen Organisationsformen und Aufgabenzuweisungen. Für diesen föderativen Flickenteppich erscheint es sinnvoll, eine einheitliche Mindestanforderung an Personal und Aufbauorganisation zu definieren. Der GdP-Bundesfachausschuss „Bereitschaftspolizei“ (unter der Beteiligung hessischer Vertreterinnen und Vertreter der HBP) hat aus diesem Grund das Positionspapier „Operative Bereitschaftspolizei“ erarbeitet, in dem dokumentiert ist, wie aus Sicht der GdP die Bereitschaftspolizei

der Länder und des Bundes aussehen und bewertet werden sollte und worin gegenwärtig die Probleme liegen. In der Folge bedeutet dies jedoch, dass keine weiteren Einheiten aufgelöst werden dürfen. Die durch die BRAS 140.1 vereinbarten Sollstärken müssen in den Ländern nicht nur vereinbart sein sondern auch tatsächlich vorgehalten werden. In der BRAS (Bestimmungen, Richtlinien, Anweisungen und Sammlungen von Katalogen und Nachschlagewerken) 140.1 werden das Musterverwaltungsabkommen und die einzelnen Abkommen zwischen den Bundesländern und der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht. Die Abkommen regeln Stärke, Organisation, Gliederung, Inneren Notstand und den Einsatz im Verteidigungsfall. Grundlage für das Verwaltungsabkommen sind die Artikel 53 Absatz 2 Satz 2, Absatz 3, Artikel 91 Absatz 2 und Artikel 115 f des Grundgesetzes. GdP

Castortransport 2010

Strahlende Fracht hält Hessische Bereitschaftspolizei in Atem



Castorgegner

Mit seinem Grenzübertritt aus Frankreich am 06.11.2010, um 13.54 Uhr und seiner Einfahrt, bei Lampertheim, nach Hessen, um 20.30 Uhr, sorgte der 12. Transportzug der 11 Castoren bei der Hessischen Bereitschaftspolizei zu einem der arbeitsintensivsten Einsätze der letzten Jahre. In der Zeit vom 04. bis 09.11.2010 befand sich die Hessische Bereitschaftspolizei

in einem Dauereinsatz, mit Einsatzzeitspitzen von über 30 Stunden, die unsere Kolleginnen und Kollegen an die Grenzen ihrer körperlichen und geistigen Belastbarkeit führten.

Einsatz in Hessen

Zur Bewältigung der Hessischen Einsatzlage anlässlich der Durch-

fahrt des Castor-Transportzuges im Einsatz –

4 Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten, 2 Technische Einsatzeinheiten, 5 Einsatzeinheiten,

3 Polizeihubschrauber der PHuSt Hessen mit Besatzung, 2 schwere Streifenboote plus Hilfsstreifenboote der WSPA Hessen mit Besatzung, 1 Reitertrupp der PRSt Hessen, 2



Wasserwerfer

Einsatzküchen mit Besatzung, 1 Gefangenentransporter (groß) mit Besatzung, 1 Durchsuchungsbuss mit Besatzung, 2 Sonderwagen 4 mit Besatzung.



Einsatzbetreuer

Diverse Aktionen im Gleisbereich wurden verhindert. Im Bereich Kranichstein erfolgten drei Festnahmen nach Ankettungsversuch. Durch Abseilaktion von der Schnellbahnstrecke im Bereich Bebra auf die Transportstrecke kam der Zug zum Stehen. Festnahme von 5 Aktivisten.

Bei Altmorschen versuchen 30 Personen durch Sitzblockade die Zugdurchfahrt zu verhindern.

Mit der Festnahme der Aktivisten durch eine Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit wurde die Durchfahrt des Zuges ermöglicht.

Einsatz in Niedersachsen:

Unterstützung des Landes Niedersachsen vom 04. bis 09.11.2010 –1 Hundertschaft mit drei Zügen, 2 Gitterkommandos, 1

Lichtmastkraftwagen mit Besatzung,

- Nachalarmierung des Landes Niedersachsen am 07.11.2010, 1 Hundertschaft (3 BFE'en),

1 Hundertschaft (2 EE'en) , 1 Technische Gruppe, 2 Wasserwerfer mit Besatzung, 2 Sonderwagen 4 mit Besatzung

Lagen:

Auftaktveranstaltung der Castorgegner mit 25 – 50 000 Teilnehmern in Dannenberg, mit teils gewaltsamen Aktionen, Blockaden durch Traktoren und Gleisbesetzungen.

Gleissicherung durch Hessische Kräfte im Bereich Harlingen, die auf Grund massives Auftreten von Aktivisten über den Zeitraum von 30 Stunden aufrecht erhalten werden musste.

Danach wurde der „Protest“ gewährt und es kam zur Gleisbesetzung durch ca. 3 – 5 000 Aktivisten, die ihren „Protest“ über 12 Stunden aufrecht erhalten konnten. Bei der Räumung am Folgetag kam es zu über 1 200 Gewahrsamsnahmen. Am Gleis und Gleisbett

kam es zu massiven Beschädigungen, die umgehend beseitigt wurden. Im weiten Verlauf des Straßentransportes kam es zu Sitzblockaden, Errichten von Betonsperren, Ankettungen, Traktor und Fahrzeugblockaden, was alles nur durch den Einsatz von schwerem technischen Gerät und technischem Know-how beseitigt werden konnte.

Als die Castoren am 09.11.2010 unbeschädigt im Zwischenlager in Gorleben angekommen waren, konnte Bilanz gezogen werden. Mit dem Castortransport 2010 erfolgte eine Wiederbelebung der „Anti-Atomkraft-Bewegung“, was sicherlich den Laufzeitverlängerungen für die Deutschen Atomkraftwerke geschuldet ist. Für die Polizei ist festzustellen, dass insgesamt 131 Polizeivollzugsbeamte verletzt wurden (keine größeren Verletzungen bei der Hessischen Bereitschaftspolizei), enorme Sachschäden entstanden waren, von der Hessische Bereitschaftspolizei, mit ihrer erkennbar hohen Motivation und ihrem kompetenten, profession-

nellen Einschreiten wurde deren gesamtes Leistungspotential abverlangt und gerne gegeben.

Ich war mit unserem Personalberater Hendrik Gerchen als Zaungäste mit dabei; wir haben unsere Leistungsgrenzen kennen gelernt und können vor unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem Einsatzbereich nur den Hut ziehen und unseren Respekt zollen.

Kleine Präsente der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei konnten trotz hoch belastendem Einsatzgeschehens innerhalb der Unterkunft an unsere lieben Kolleginnen und Kollegen verteilt werden. In meiner Eigenschaft als Personalratsvorsitzender und Gewerkschaftsrepräsentant habe ich aber auch Problemfelder eines solchen Einsatzes beleuchtet.

So gilt es eindeutig für Verbesserungen im Bereich der Unterbringung – 6 – 28 Personen pro Zimmer/Saal Sorge zu tragen und die

Einhaltung des Leitfadens 150 (Unterbringung und Verpflegung bei geschlossenen Einsätzen) einzufordern. Dafür Sorge zu tragen, dass unsere Einsatzeinheiten mit Regenschutzbekleidung ausgestattet werden, und künftig nicht länger im Regen stehen gelassen werden.

Dafür Sorge zu tragen, dass die tatsächlich sehr gute Einsatzversorgung/ Verpflegung auch einer geordneten Entsorgung zugeführt werden kann. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass unsere Kollegen und insbesondere unsere Kolleginnen unter menschenunwürdigen Umständen ihre menschliche Notdurft verrichten.

Der Mensch – die Kollegin – der Kollege steht für uns im Mittelpunkt unseres Tun und Handelns.

Euch und euren Familien eine schöne Vorweihnachtszeit, ein frohes Fest, sowie die besten Wünsche der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei

zei für Glück, Gesundheit und Zufriedenheit in 2011.

Roland Kramer,
BZG Bereitschaftspolizei



**Gut,
dass es
sie gibt.**

**Gewerkschaft
der Polizei**

Bewertung der momentanen Situation der Polizei durch die GdP in der Bundespressekonferenz

Fußballeinsätze, Großdemonstrationen und der Schutz von sogenannten Mega-Events steigen rapide an, die alltägliche Kriminalitätsbekämpfung und Verkehrsüberwachung haben schon heute das Nachsehen. Der Schutz der Bürger im Alltag kommt zu kurz. Der Polizei fehlen zunehmend Personal, Ausstattung und die notwendigen Gesetze, um die Sicherheit des Landes weiterhin zu garantieren. In der Innenpolitik ist seit langem Hängen im Schacht.

Großprojekte wie Stuttgart 21, die neu entfachte Diskussion um die Kernenergie, sich verschärfende soziale Schieflagen, Integrationsprobleme und eine zunehmende Gewaltbereitschaft stellen die Polizei vor nicht mehr zu bewältigende Aufgaben. Bereits in den zurückliegenden Jahren wurde die Polizei massiv abgebaut.

Eine Umfrage im Organisationsbereich der GdP habe erbracht, dass die Bundesländer in den nächsten Jahren (bis 2019) noch



Krawalle in Hamburg im Mai 2010

einmal rund 9000 Stellen im Polizeibereich abbauen wollen.

Habe es im Jahre 2005 in Deutschland noch 89 Anlässe gegeben, zu denen ein Bundesland Unterstützung von der Bundespolizei

und aus anderen Ländern anfordern musste, so seien es 2009 bereits 160 Großeinsätze gewesen, die mit den Polizeikräften eines einzelnen Landes nicht mehr zu bewältigen gewesen seien.

Hohe Krankenstände

Die Personalknappheit treibe durch den wachsenden Arbeitsdruck die Krankenstände in die Höhe. Es ist ein Teufelskreis: Weniger Personal bedeutet höhere Einsatzbelastung, die immer mehr Polizisten krank macht, die wiederum dann im Dienst fehlen.

Neben dem steigenden Arbeitsdruck ist nach Meinung der GdP die Überalterung der Polizei aufgrund der Einstellungsstopps der vergangenen Jahre eine weitere Ursache für solche Ausfälle. In Brandenburg zum Beispiel beträgt das Durchschnittsalter der Polizeibeamten im polizeilichen Wach- und Wechselschichtdienst 45,2 Jahre.

Der föderale Aufbau der Bundesrepublik mache es schwer, ein fundiertes Lagebild der Situation der Polizei zu erstellen. Deshalb seien valide und vergleichbare Statistiken nicht zu bekommen.

Einsatzbelastung steigt

Fußball

Allein im Fußballgeschehen hat die Einsatzbelastung der Polizeien der Länder und des Bundes in der Saison 2008/2009 einen Rekordwert von über 1,5 Millionen Einsatzstunden erreicht. Das entspricht der Jahresarbeitszeit von 1.174 Polizeibeamten und -beamtinnen. Bei Einsätzen rund um den Fußball hat es in den letzten neun Jahren einen Anstieg von rund 600.000 Arbeitsstunden gegeben. In der Saison 2008/2009 mussten also gegenüber der Saison 2000/2001 460 Polizeibeamte mehr verwendet werden, die, rein statistisch, nicht ande-

res machen, als von morgens bis abends und das ganze Jahr über problematische Fangruppen zu begleiten.

Am Fußball macht sich eine Gewaltentwicklung fest, die in unserer Gesellschaft zu lange ignoriert oder verharmlost wurde. Deshalb ist es eine unsinnige Forderung, die Vereine mit den Kosten der Polizeieinsätze zu belasten. Auch Bürgerfeste, Weinfeste, Herbstfeste und andere gesellschaftliche Veranstaltungen leiden mittlerweile unter Gewalteskalationen.

Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte

Die Gewerkschaft der Polizei sei ist froh, dass es nach zähen Verhandlungen geschafft wurde, zumindest einen Teil der Bundesländer davon zu überzeugen, sich ein Bild über die tägliche Gewalt gegen Polizeibeamte zu machen und der Wirklichkeit ins Gesicht zu sehen.

Es hat sich herausgestellt, dass sich die meisten Angriffe nicht allein bei gewalttätigen Demonstrationen, sondern im regulären Streifendienst ereigneten.

Ungestraft können in unserem Land Banner und T-Shirts mit dem Aufdruck ‚ACAB‘ getragen werden, das Akronym für ‚All Cops Are Bastards‘. Würde man das Wort Polizisten durch eine ethnische Bezeichnung ersetzen, gäbe es einen Aufschrei im ganzen Land. Polizisten dürfen in unserem Rechtsstaat aber offenbar pauschal beleidigt und diskreditiert werden.

Täter werden jünger und aggressiver

Bestätigt hätten sich auch die Erkenntnisse aus der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Die Täter werden immer jünger und aggressiver. 62,7 Prozent sind in der Altersgruppe zwischen 14 und 29 Jahren zu finden.

Die bloße Anwesenheit von Polizeibeamten werde offenbar schon als Provokation empfunden. Immer wieder geschehe es, dass die Polizei selbst bei der Ahndung einer kleinen Ordnungswidrigkeit von einer rasch wachsenden Menge in Bedrängnis gebracht werde. Werden Menschen unter dem Verdacht, eine Straftat begangen zu haben, festgenommen, eskaliert die Situation immer öfter.

Fehlender Rückhalt in der Politik

Besonders die Politik lässt uns aber ständig im Regen stehen, insbesondere bei Konflikten, die sie selbst verursacht hat. Fehlende politische Überzeugungskraft kann nicht durch polizeiliches Handeln ersetzt werden. Das gilt insbesondere auch für das Bahnprojekt Stuttgart 21.

Selbstverständlich müssten auch die bei der Räumung des Stuttgarter Schlossparks angeordneten Einsatzmittel und die Vorgehensweisen sorgfältig überprüft werden.

Die GdP erwartet, dass die Politik ihrer Verpflichtung nachkommt und schon im Vorfeld alles unternimmt, dass keine Gewalt stattfindet. Wir Polizistinnen und Polizisten wollen nicht den Kopf hinhalten für ungelöste politische Konflikte.

GdP

„Schuldenverbot“ - ein Bumerang für die Bevölkerung

Hessische Landesregierung will das Volk ver dummen

Eigentlich sollte die Bevölkerung froh sein, wenn den Regierungen ein „Schuldenverbot“ in die Verfassungen geschrieben würde. Der Bundestag hat so etwas ins Grundgesetz geschrieben. Angesichts der vielen Milliarden Euro, die diese Regierung angehäuft hat, erscheint das ja vernünftig. Auch die hessische Landesregierung hat in den

vergangenen Jahren weit über ihre Verhältnisse gelebt und Milliarden neue Schulden angehäuft. Jetzt will sie auf die berühmte „Schuldenbremse“ treten und bis zu einem gewissen Zeitpunkt keine neuen Schulden mehr machen und die alten abbauen. Diese Regierung ist aber nicht so dumm, wie es scheint. Sie will nämlich bei der Kommunalwahl

im März 2011 per Volksbefragung wissen, ob es ein „Schuldenverbot“ geben solle. Damit haben dann alle Wahlberechtigten den schwarzen Peter. Wenn es nämlich ein „Schuldenverbot“ gibt, ist damit zu rechnen, dass der Bevölkerung künftig bestimmte Dinge vorenthalten werden. Es könnte für die Landesregierung ein Signal sein, zum Beispiel

die Gehälter/Pensionen/Renten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu kürzen, Gelder für Kindergärten und Schulen zu kürzen oder gar zu streichen. Dann wäre unter Umständen die öffentliche Sicherheit in Gefahr oder unser Bildungswesen ginge noch mehr am Stock als seither. Die bisherige Rentenreform der Bundesregierung erschöpft sich doch wieder nur im Streichen von Leistungen. Und die Gesundheitsreform verdient diesen Namen auch nicht, weil sie wieder zu Lasten der arbeitenden Menschen geht, nicht zu Lasten der Unternehmer. Die Beiträge werden einmal mehr höher und die Leistungen geringer. Wenn es darum geht,

der Bevölkerung etwas wegzunehmen, sind Politiker immer erfinderisch. Das gilt auch, wenn sie nichts streichen und stattdessen die Steuern und Abgaben erhöhen. Das geht dann auch wieder zu Lasten der kleinen Leute. Es glaubt doch keiner, dass dann die Steuern für die gut verdienenden Manager oder für Konzerne erhöht werden.

Der Fehler in dem Angebot einer Volksabstimmung zur „Schuldenbremse“ liegt genau hier. Das Volk soll sich selbst beschränken. Wer aber vom Volk wissen will, ob es keine neuen Staatsschulden will, der sollte dieses Volk auch fragen, wie es sich die Einnahmen des Staates

vorstellt, ob es damit zufrieden ist, dass eine Handvoll Menschen Millionen und Milliarden scheffelt und die Mehrheit der Menschen eigentlich immer ärmer wird.

Ich persönlich bin für eine Bremse in der Staatsverschuldung. Die Einsparungen müssten dann aber gerecht verteilt werden und die Steuern für Besserverdienende müssten angehoben werden, um die „kleinen Leute“ zu entlasten. So wie es jetzt aussieht, werde ich bei der Volksabstimmung gegen eine „Schuldenbremse“ in der Hessischen Verfassung stimmen.

nw/gdp

„Damals: Ereignisse an der Startbahn West und gesellschaftliche Diskussion“

„Weil die Bepo während der ständigen Scharmützel an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens von der rot-grünen Regierung vergebens mehr Planstellen und bessere Ausrüstung forderte, griffen Uniformierte zur Selbsthilfe. Sie besorgten für den „Dschungelkampf“ auf eigene Kosten leichte Turnschuhe, dunkle Helme und Tarnnetze und setzten auf einen baldigen Machtwechsel, nach dem sie besser ausgestattet zu werden hofften.“

Doch nach dem Wahlsieg der CDU, der viele erwartungsvolle Polizisten ihre Stimme gegeben hatten, machte sich, wie die GdP dem hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann erbot, mitteilte, „abgrundtiefe Enttäuschung“ wegen „nicht erfüllter Zusagen“ breit. Als Beförderungsmöglichkeit, stellte Bepo-Gewerkschafter Helmut Brückmann sarkastisch fest, bleibe „tatsächlich nur die Stelle des ermordeten Kollegen Klaus Eichhöfer“ - der Beamte war bei den Startbahn-Krawallen ums Leben gekommen.

Um die aufgebrachten Polizisten zu besänftigen, präsentierte der christdemokratische Innenminister Gottfried Milde eine neue Spezialtruppe gegen gewalttätige Demonstranten. Die Elite-Einheit, versicherte Milde, werde mit Tarnnetzen

für die weißen Helme, mit feuerfesten Anzügen und leichten Schuhen ausgerüstet; das sei „für die persönliche Motivation der Beamten wichtig“. Doch eine Antwort auf die vordringliche Forderung der Beamten, schnelle Beförderung und neue Stellen, blieb der Polizeiminister schuldig. „Gelabert haben sie alle viel“, resigniert der hessische Polizeiobermeister Wienfeld, „doch getan hat keiner was“. (...)

In Hessen etwa zogen Schutzpolizisten vor das Verwaltungsgericht, weil sie nicht damit einverstanden waren, dass sie die Anhörung von Asylbewerbern übernehmen mussten. Die Befragung der Ausländer, argumentierten sie, sei eine „polizeifremde Tätigkeit“ und kollidiere mit der Aufgabe der Vollzugspolizei, auch Asylbewerber abzuschleppen.

Einer der zwangsverpflichteten Schupos forderte zudem eine „zeitliche Vergütung von 17,5 Stunden“ für die „weite Anreise“ zu dem Sammelager. Das Verwaltungsgericht Frankfurt lehnte die Klage mit der Begründung ab, für die Abordnung habe „ein dienstliches Bedürfnis“ bestanden, und die Anhörung sei für die Polizeibeamten auch keine „unterwertige Beschäftigung“.

Als Rezept gegen anstrengende Einsätze empfahlen Polizeifunktionäre auch, Krankheiten länger aus-

zukurieren. Ein GdP Funktionär fordert die Kollegen auf: „Kümmert euch mal um eure Gesundheit, geht mal zum Arzt.“ Solche Aufrufe rechtfertigt der GdP'ler damit, dass sich „immer mehr Beamte aus gesundheitlichen Gründen“ vorzeitig pensionieren lassen. Die könnten bei rechtzeitiger Pflege dem Staat „länger erhalten bleiben“.

Nicht mit Mumm, sondern durch gefälliges Verhalten will die Polizei in Hessen die Bevölkerung für sich gewinnen. Geplant ist, vom Ende dieses Monats an die Verkehrssünder nicht mit Bußgeldern zu vergraulen, sondern nur mündlich zu verwarnen. Bei der Aktion „Diskutieren statt kassieren“, erläutert der GdP'ler, würden dann „die Verkehrsvorschriften im Nebensatz abgefrühstückt“, im Vordergrund stünden „unsere eigenen Probleme“.

Nicht nur der Stress und das geringe Salär geben Polizisten das Gefühl, sie seien, wie Standesvertreter jetzt bei einer Versammlung im Münchner Hofbräuhaus vermittelten, arm dran „wie die Krankenschwestern“. Bei vielen wächst Missmut darüber, dass sie immer häufiger für Staatsschützende Aufgaben abgezogen werden, so dass die Bekämpfung der Kleinkriminalität zu kurz komme.

Quelle: Der Spiegel; 25 / 1989

Deutsche Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten 2010



Am 29. und 30. September hatten knapp 200 Polizeisportlerinnen und -sportler die Gelegenheit ihr Können im kühlen Nass unter Beweis zu stellen. In insgesamt zwölf Schwimmentscheidungen ging es jeweils um den Titel der Deutschen Polizeimeisterin/des Deutschen Polizeimeisters im Schwimmen und Retten.

Das Wiesbadener Schwimmbad „Kleinfeldchen“ war Veranstaltungsort für die Teilnehmer aus 14 Bundesländern und der Bundespolizei. Die Wettkampfstätte wurde freundlicherweise für die zwei Wettkampftage von der Stadt Wiesbaden zur Verfügung gestellt.

Nach der Aufstellung der Teams in der Schwimmhalle des Kleinfeldchen-Hallenbades in Wiesbaden und den Grußworten von Präsident Alfred Kayser (Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung – PTLV) und Staatssekretär Werner Koch aus dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (HMdluS), eröffnete der Leitende Polizeidirektor Ulrich Marschall von Bieberstein als Vorsitzender des Hessischen Polizeisportkuratoriums die Veranstaltung.

In dem hochklassigen Starterfeld befanden sich u.a. Johannes Dietrich (Europameister 2010 über 50m Schmetterling), Jenny Mensing (EM-Bronze über 100m Rücken), Annika Mehlhorn (WM-Bronze

2009 in Rom über 4x100m Lagen) und Stefanie Kasperski (zweifache Polizeieuropameisterin 2009 und Polizeisportlerin 2009)

Viel Publikum hatte den Weg nach Wiesbaden gefunden, darunter der Vizepräsident „Recht“ des Deutschen Schwimm-Verbandes e.V., Anselm Oehlschläger, der Wiesbadener Stadtrat Manfred Laubmeyer, die Präsidenten Robert Schäfer (Westhessen), Hans Langecker (Hessische Bereitschaftspolizei), Gert Fischer und Vera Lindenthal-Gold (Hessische Polizeiakademie), PTLV-Vizepräsidentin Roswitha Briel, der Geschäftsführer des Hessischen Polizeisportausschusses (HPSA), Wolfgang Stächer, die Polizei-Top-Hochspringerin Ariane Friedrich, der erfolgreiche Sportschütze Christoph Reitz, sowie viele weitere Gäste.



Auch die Personalratsvorsitzenden Ralf Humpf (HLKA) und Bernd Petri (PTLV) konnten sich von den optimalen „Arbeitsbedingungen“ im Wasser persönlich überzeugen.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Kreisgruppe PTLV einen Teil der Pokale gestiftet hat.

In der Mannschaftswertung gewannen die Hessen die Polizeimeisterschaft mit einem sehr deutlichen Vorsprung vor Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

In den Einzelwertungen bei den Frauen überzeugten aus hessischer Sicht Jenny Mensing (100m Rücken in 1:00,27), Uta Müller (100m Freistil in 0:57,27) und Annika Mehlhorn (200m Lagen in 2:22,74). Letztere konnte darüber hinaus auch die Entscheidung im Rettungsmehrkampf bei den Frauen in einer Zeit von 1:53,69 für sich verbuchen. Bei den Herren zeigte Johannes Neumann über 50m Brust (0:28,69) eine super Leistung.

Für den reibungslosen Ablauf der Deutschen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten sorgte ein kompromisslos gutes Organisationsteam um den Sportbeauftragten des PTLV, Georg Becker. Ein großes Dankeschön an dieser Stelle an alle Helfer, die damit einen wesentlichen Beitrag zu einem gelungenen und spannenden Sportfest geleistet haben.

Mark Weber
für die Kreisgruppe PTLV



**Gut,
dass es
sie gibt.**

**Gewerkschaft
der Polizei**

Elke Oswald neue Vorsitzende der GdP-Frauengruppe

Sandra Temmen in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt



Elke Oswald von der BZG Frankfurt ist neue Vorsitzende der hessischen GdP-Frauengruppe. nw

Mitte Oktober traf sich der Vorstand der GdP Frauengruppe Hessen (LFV) zur Sitzung an der Hessischen Polizeiakademie. Unter anderem stand auf der Tagesordnung die Wahl einer neuen Vorsitzenden.

Nachdem die bisherige Amtsinhaberin Sandra Temmen im März

2010 in den geschäftsführenden Landesbezirksvorstand gewählt worden war, legte sie ihr Amt jetzt offiziell nieder. Sie war seit März 2003 Vorsitzende der Frauengruppe Hessen und von 2006 bis 2010 Vorsitzende der GdP-Frauengruppe (Bund).

Als neue Vorsitzende wurde Elke Oswald (BZG FFM) gewählt, die bereits seit mehreren Jahren stellvertretende Vorsitzende ist. Sie ist außerdem Vorsitzende der Frankfurter Kreisgruppe-Süd und engagiert sich im DGB als stellvertretende Vorsitzende des Frauenausschusses Hessen-Thüringen.

Einstimmig wurde dann Kerstin Wöhe zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sie ist im PP Mittelhessen Frauenbeauftragte, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Jungen Gruppe und aktiv im LFV.

Sandra Temmen ist, neben Lothar Hölzgen, im GLBV für die Frauengruppe zuständig. Sie hat der GdP



Sandra Temmen schied als Vorsitzende der GdP-Frauengruppe Hessen aus, ist aber im GLBV noch zuständig für die Frauenarbeit. nw

Frauengruppe Hessen weiterhin ihre volle Unterstützung zugesagt.

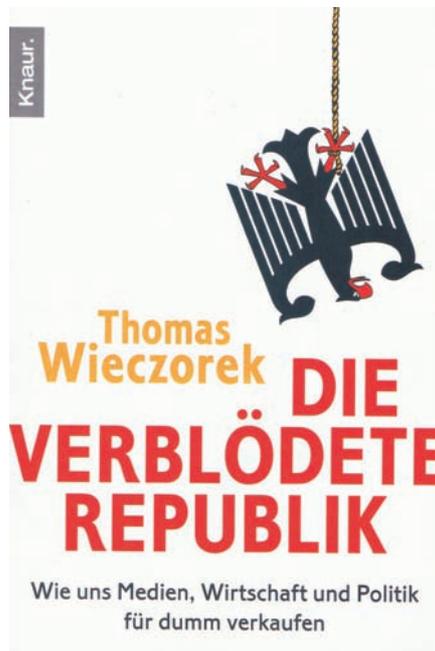
Die GdP wünscht dem neu gebildeten GLFV viel Erfolg bei allen Herausforderungen der kommenden Jahre.

gdp/nw

Die verblödete Republik

Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen

Der 57jährige Thomas Wiczorek ist studierter Volkswirtschaftler, Journalist und Parteienforscher. Er arbeitete für verschiedene renommierte Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen. Promoviert hat er mit dem Thema „Die Normalität der Politischen Korruption“. Schon das zeigt die kritische Einstellung des Bücherschreibers, dass er den Parteien und den Managern der Wirtschaft kritisch auf die Finger schaut, dass er die Hintergründe des politischen und wirtschaftlichen Geschehens ausleuchtet und öffentlich macht. Das macht er auch in dem hier besprochenen Werk „Die verblödete Republik“ mit dem Untertitel „Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen“. Das Buch ist 2009 erschienen im Knauer



Taschenbuch Verlag, ISBN 978-3-426-78098-5, zum Preis von 8,95 Euro und im Buchhandel erhältlich.

Dass dieses Werk keine Eintagsfliege ist, zeigen die ebenfalls bei Knauer erschienen Bücher von Wiczorek: „Die Stümper“. Über die Unfähigkeit unserer Politiker. „Schwarzbuch Beamte“. Wie der Behördenapparat unser Land ruiniert. „Die DAX-Ritter“. Wie Manager unser Land ruinieren. „Die Dilettanten“. Wie unfähig unsere Politiker wirklich sind. In allen Werken nimmt der Autor kein Blatt vor den Mund, belegt seine Aussagen

Wer sich ein Bild machen will, wie Politik und Wirtschaft wirklich funktionieren, wie wir auf den Arm genommen werden, der sollte das Buch „Die verblödete Republik“ lesen. nw

mit entsprechenden Quellenangaben und Hintergrundinformationen.

In seinem neuen Werk nimmt Thomas Wieczorek nicht nur Politik und Wirtschaft aufs Korn, auch die Medien werden nicht verschont. Das Fernsehprogramm werde immer seichter, zeige immer mehr Koch- und Tiergeschichten, Daily Soaps, Superstar- und Topmodel-Wettbewerbe, fülle die Abende mit meist sinnlosen Talkrunden und berufe sich auf zweifelhafte, weil nicht belegte, Gutachten und Umfragen in der Bevölkerung. „Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, Und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen“, zitiert er den einstigen amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln. Es ist auch nicht alles wahr „weil’s in der Zeitung steht“, wie ein Liedermacher einmal sang. Meinungsfreiheit ist die Freiheit einiger weniger Medienmacher, weiß Wieczorek. Die wahre Volksverblödung aber findet genau dort statt, wo sie der selbsternannte Bildungsbürger am wenigsten vermutet: in den Medien, der Wirtschaft und vor allem in der Politik, schreibt der Autor. Wer all die hochgestochenen Berichte und Kommentare der „seriösen Medien“, die supergewichtigen Konjunkturprognosen der Wirtschaft und die treuherzigen Wahlversprechen der Politik so unreflektiert aufsaugt wie der Bibeltreue das Alte Testament, der ist

schon hereingefallen. Heraus kommt ein Abklatsch, der noch weniger Wert ist als ein Zerrbild. Letzteres nämlich könnte man – rein theoretisch entzerren. Was den Bürgern allerdings Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr zugemutet wird, das ist – wie der Volksmund zu Recht sagt – „so falsch, dass nicht einmal das Gegenteil stimmt“. Dass noch immer viel zu viele Mitbürger dem geballten Müll der Meinungsmacher vertrauen, ist die schlechte Nachricht. Dass immer mehr Menschen den Verblödungsprofis auf die Schliche kommen – siehe auch manche Nichtwähler – lässt hoffen, schreibt Wieczorek. „Stuttgart 21“ ist ein positives Beispiel.

Der Autor greift die „Soziale Marktwirtschaft“ ebenso auf wie den „Neoliberalismus“. Er sieht im „Ehrenamt“ die Dummen, geißelt die sich immer weiter ausbreitende Schere zwischen arm und reich ebenso wie den Spruch, dass Mindestlohn den Aufschwung gefährdet. Er zeigt auf, dass immer die kleinen Leute mit weniger Einnahmen und höheren Steuern den Karren aus dem Dreck ziehen, den skrupellose Manager und Banker dorthin gefahren haben. Reiche Leute werden geschont. Unter Helmut Kohl mussten sie höhere Steuern zahlen als unter Rot-Grün. „Heuschrecken“, das Übel in vielen Wirtschaftszweigen, wurden auch erst durch Schröder und Fischer möglich. Fehler haben aber auch CDU, FDP, Grüne und Linke ge-

macht. Irgendwo geht es ihnen allen irgendwie um Macht und nicht um Gerechtigkeit. Wieczorek entlarvt den Spruch „Kapital“ arbeitet“, zeigt auf, dass auch mit Riesen-Rente die Alten künftig verarmen, dass „Kundenberater“ von Banken und Versicherungen mehr auf ihren eigenen Vorteil schauen als auf den ihrer Kunden. Er weiß, dass Meinungen erkaufte werden von allen, die ein Interesse an der Erhaltung der Macht haben. Kriege am Balkan, im Irak oder Afghanistan nutzen nur den Reichen, nicht aber dem Volk. Es gehe nicht um Demokratie, sondern um wirtschaftliche Macht. Es werden Menschen, Gruppen gegeneinander ausgespielt, die Unterschicht gegen die Oberschicht, die Dicken gegen die Dünnen, so wie es den Menschen passt, die an den Hebeln der Macht sitzen. Es wird gelogen und betrogen, offen und verdeckt, die Wirtschaft beherrscht die Politik, Bildung wird nur insoweit zugelassen, als sie die Mächtigen nicht gefährdet und so weiter und so weiter.

Die Bandbreite dessen, was Thomas Wieczorek anspricht, geht so weit, dass man sie hier nicht voll wiedergeben kann. Lesenswert ist sein Buch „Die verblödete Republik“ aber allemal. Dabei werden so manchem Leser, so mancher Leserin, die Augen aufgehen über das Ränkespiel der „Eliten“ und derer, die sich dafür halten.

Norbert Weinbach

Wechsel im Personalrat beim HBPP

Valentin Müller neuer stellv. Vorsitzender



Seither leitete der als Kreisgruppenvorsitzender der Kreisgruppe Mudra bekannte Valentin Müller das Sachgebiet

Einsatz bei der I. BPA in Mainz Kastel. nachdem Jens Mohrherr das Amt des Hauptpersonalratsvorsitzenden übernommen hatte, hat der Personalrat des HBPP beschlossen,

Valentin Müller als neuen stellvertretenden Personalratsvorsitzenden zu wählen. Valentin Müller kennt die Bereitschaftspolizei ganz genau. Er hat sie in allen Funktionen innerhalb geschlossener Einheiten durchlaufen.

Valentin Müller ist 54 Jahre alt und Vater zweier Kinder. Stets einen Scherz auf den Lippen aber an der Sache orientiert, so kennt man ihn.

„Es war dieser Tino Müller, der mich vor über 22 Jahren in die Gewerkschaft der Polizei geholt hat“,

sagt sein Vorgänger im Amt Jens Mohrherr über ihn. „Menschlichkeit, Offenheit und ein hohes Maß an Sach- und Fachkompetenz machen Tino zu einem sicherlich guten Personalvertreter in diesen schwierigen Zeiten für die Beschäftigten in der Bereitschaftspolizei in diesem Reformprozess“, so Jens Mohrherr abschließend.

Auch der Personalratsvorsitzende Roland Kramer freut sich, „mit Tino Müller einen erfahrenen Einsatzmann an seiner Seite zu haben“.

KG MUDRA lud zur Jahreshauptversammlung ein

Am 03. November 2010 fand die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Mudra statt.

Als Gast begrüßte der Vorsitzende, Tino Müller, den stellvertretenden Abteilungsleiter, Thomas Schmidl, sowie den Vorsitzenden der GdP-Bezirksgruppe HBP, Detlef Otto, die beide aktuelle Informationen und Sachstandsberichte zu den in der Versammlung behandelten aktuellen Themen wie z.B. „Umsetzung der Neuorganisation der HBP“ geben konnten.

Zunächst wurde auf die aktuellen Geschehnisse im Landespolizeipräsidentium eingegangen. Dass am 02.11.2010 der Landespolizeipräsident auf Grund seines seit langem bekannten dirigistischen Führungsstils in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde, nahmen die anwesenden Mitglieder mit Erleichterung zur Kenntnis. Sie begrüßten ausdrücklich die Entscheidung des neuen Innenministers, Boris Rhein, den Inspekteur der Hessischen Polizei, Udo Münch, zum neuen Landespolizeipräsidenten zu ernennen. Die Teilnehmer waren sich einig, dass Münch ein Garant für den Neuaufbau einer Führungskultur in der Hessischen Polizei ist, in der die Begriffe wie Anstand, Fairness und Menschlichkeit wieder Beachtung finden werden. Die GdP-Kreisgruppe Mudra wünscht Udo Münch auf diesem Wege viel Erfolg bei der vor ihm liegenden schweren Aufgaben.



Die stellvertretende KG-Vorsitzende Sandra Temmen überreicht Tino Müller die Urkunde für seine 40jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft.

Anschließend berichtete der Vorsitzende über die Aktivitäten der Kreisgruppe im Berichtszeitraum:

- | Teilnahme am Landesdelegiertentag im März 2010: Mit Interesse wurde zur Kenntnis genommen, dass die HBP bei geplanten Stellenhebungen in den letzten Jahren keine Berücksichtigung fand. Sie soll künftig hierbei wieder beteiligt werden. Die Forderung zur Gleichbehandlung der HBP mit den anderen Behörden der Hessischen Polizei bei Stellenhebungen wurde in einem entsprechenden Antrag mit einstimmigem Beschluss der Delegierten untermauert. Darüber hinaus wurde die stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende der KG Mudra, Sandra Temmen, von den Delegierten in den Vorstand des geschäftsführenden Landesbezirksvorstands gewählt.

- | Unterstützung von Veranstaltungen in der I.BPA durch Bereitstellung von Sachpreisen
- | Durchführung des Skatturniers im November 2009
- | Unterstützung beim GdP-Brunnenfest (Finanzierung und Bereitstellung von Werbemitteln)
- | Bearbeiten von Rechtsschutzvorgängen
- | Neuorganisation der HBP: Die Umsetzung schreitet im Rahmen der Feinabstimmung weiter voran, wichtige Arbeitsfelder hierbei sind z.B. ein neuer Geschäftsverteilungsplan für die HBP, neue Dienstpostenbewertungen und eine neue Perspektivplanung für die HBP. Die Stellenbörse II ist auf den Weg gebracht, das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Für 25-jährige Mitgliedschaft in der GdP wurde Kollege Jürgen Peter geehrt, für 40-jährige Mitgliedschaft unser KG Vorsitzender Tino Müller und für 60 Jahre Mitgliedschaft in der GdP gratulieren wir Kollege Willi Löblein.

Tino Müller, Vorsitzender



Die Gewerkschafts-Jubilare 2011 auf einen Blick: v.l.n.r. Valentin Müller, Willi Löblein und Jürgen Peter

Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei tagte in Fulda



Spuren eines Einsatzes

Die letzte Sitzung des Bundesfachausschusses der Bereitschaftspolizei am 18. und 19. August 2010 beschäftigte sich überwiegend mit der allgemeinen polizeilichen Lage. Zu Gast war der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Herr Schubert. In einem längeren Vortrag sprach er die Entwicklung der länderübergreifenden Einsätze an. Er ging auf die „Rechts/Links“-Einsatzlagen und die Situation im Zusammenhang mit Fußballspielen ein. Zur Sicherheitslage bei Fußballspielen berichtete er über die inzwischen erzielten Vereinbarungen mit dem DFB und von weiterführenden Verhandlungen. Die ersten Weichen zu einem ständigen Dialog mit dem DFB und DFL wurden in einem Zehn-Punkte-Plan gestellt. Auch wenn an dieser Stelle noch viele Fragen offenbleiben, so

ist es doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Einsparungen im Bereich des BMI wirken sich auch auf den Etat des Inspektors aus, sodass zukünftig bei den Ersatzbeschaffungen Abstriche unvermeidbar sind. Bei der Ersatzbeschaffung von Halbgruppenfahrzeugen wird deshalb notwendigerweise ein Teil auch aus Ländermitteln finanziert werden müssen. Auf der Beschaffungsliste des Bundes stehen gegenwärtig taktische Spezialfahrzeuge, Befehlskraftwagen sowie die neue Wasserwerfergeneration. Ein Ausblick auf die bevorstehenden Einsätze macht deutlich, dass die Bereitschaftspolizeien zunehmend belastet werden. Darüber hinaus nimmt die Gewalt gegen Polizeibeamte weiter zu. Es ist festzustellen, dass sich am „linken Rand“ der Gesellschaft ein hohes Aggressionspo-

tenzial entwickelt. Aus diesem Grunde ist konsequentes Handeln gegenüber den „Linken“ genauso erforderlich wie bei den „Rechten“. Hier ist natürlich nicht nur die Polizei gefordert. Dennoch spüren wir die Auswirkungen hautnah. Es sollte niemand den Blick auf die Lebenswirklichkeit verstellen. Ein weiterer personeller Aderlass bei der Polizei und der Justiz werden negative Auswirkungen haben. Trotz der Gesamtsituation wird permanent Personal reduziert. Insbesondere in den neuen Bundesländern sind erhebliche Stellenstreichungen geplant. Die Klagen der Kolleginnen und Kollegen über die zunehmenden Wochenendbelastungen sind unüberhörbar, und es bedarf vielfach fester Regelungen, um zumindest eine gewisse Planbarkeit zu gewährleisten. Auch wenn nicht alle Einsätze langfristig bekannt sind, ist doch ein Großteil von polizeirelevanten Lagen planbar, sodass die dafür notwendigen Kräfte zeitgerecht Kenntnis bekommen und dieses wiederum im Rahmen der Dienstplanung frühzeitig berücksichtigt werden kann. Der Bundesfachausschuss der Bereitschaftspolizei hat in den vergangenen Jahren viel zu den Rahmenbedingungen für die Einsatzkräfte bei Großlagen beigetragen, sodass heute überwiegend die festgelegten Standards für Unterbringung und Verpflegung eingehalten werden. Ebenso hat dieser Ausschuss seinen Beitrag zur Verbesserung der Ausrüstung und Ausstattung geleistet. Ich hoffe, dass auch nach dem Bundeskongress die Bundesfachausschüsse weiterhin diese wertvolle Arbeit fortsetzen können. gdp

120 Jahre Gewerkschaftzugehörigkeit geehrt

Ehrungen anlässlich von Gewerkschaftsjubiläen sind guter Brauch bei der GdP. Für 25 jährige Mitgliedschaft werden in der Regel die meisten aktiven geehrt. Eine 40 jährige Mitgliedschaft als aktiver ist gerade noch die Regel. Die wenigsten Mitglieder werden für eine 50

jährige Zugehörigkeit geehrt. Daher war es für Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller und den zuständigen Kreisgruppenvorsitzenden der Kreisgruppe HBPP, Jens Mohrherr, eine große Freude, am Geschichtsträchtigen Tag des 9. November 2010, Gerhard Kastl und Horst

Krepl für ihre jeweils 60 jährige Zugehörigkeit zur Gewerkschaft der Polizei, in den Räumen der Geschäftsstelle in der Wilhelmstraße in Wiesbaden zu ehren. Beide Jubilare verbinden die Vordienstzeiten in anderen Gewerkschaften. So war es zunächst Horst Krepl, der zunächst

in der IG Metall (seit 1950) organisiert war, bevor er zu Polizei kam und 1957 in die Gewerkschaft der Polizei eingetreten ist.

Gerhard Kastl war vor seinem Beitritt in die GdP bei der NGG (seit 1950) organisiert. Er trat 1956 dann in die GdP ein. Der Eintritt in die GdP war beiden im ersten Dienstjahr verwehrt, da zu der damaligen Zeit die Gewerkschaften im ersten Dienstjahr keine Neuanfänger aufnehmen durften. Beide haben sich damals für die GdP entschieden, weil ihnen die ÖTV zu unübersichtlich für die Polizeibeschäftigten organisiert war. Das Schulungsangebot der GdP in den späten 50er Jahren hat beide zudem überzeugt und so hatten sie die Möglichkeit, meist an Wochenenden, Schulungen zu besuchen, was sie auch gerne taten.

Fragt man die beiden GdP – Urgesteine, was Antrieb für eine solche lange Treue zur Gewerkschaft der Polizei bedeutet, so wird schnell deutlich, dass beide mit Leib und Seele Gewerkschafter sind und bleiben. „Solidarität ist unverzichtbar“, entgegnet Gerhard Kastl energisch auf meine Frage! Horst Krepl sagt: „ich habe meinem Sohn beigebracht, Gewerkschaften anzuhören. Er ist heute Ingenieur und in der IG Metall organisiert“. Beide haben viele Ämter in der GdP bekleidet;



Gerhard Kastl war viele Jahre im Landesbezirksvorstand tätig und – das sollte die Mitglieder der JUNGEN GRUPPE beflügeln, sogar Landesjugendsprecher. Horst Krepl hatte verschiedene Funktionen in der Kreisgruppe inne. Er war letztlich auch daran beteiligt, dass die damalige Kreisgruppe Direktion der Bereitschaftspolizei gegründet wurde. Ehrenamtlich haben sich beide Kollegen ebenfalls dem Wohl der Allgemeinheit verschrieben. Kastl ist in seinem Wohnort Mainz-Kastel im Heimatmuseum tätig und Krepl bekleidet Ämter als Ortgerichtsvorsteher und Schiedsmann in seinem Heimatort Schlangenbad. Landes-

vorsitzender Jörg Bruchmüller würdigte in angemessenem Rahmen die Verdienste beider Jubilare. Verbunden mit dem Wunsch, „dass weiterhin viel Gesundheit Horst und Gerhard begleiten sollen“. Als steter Ratgeber und Autor für Polizei Report und Deutsche Polizei sind die Beiträge von Gerhard Kastl die Antriebsfeder für viele gewerkschaftliche Anstöße, ergänzte der Kreisgruppenvorsitzende. Bei einem schönen gemeinsamen Abendessen und dem Austausch vieler historischer Begebenheiten klang der Abend in gemütlicher Runde aus.

JM

Einen alten Baum verpflanzt man nicht

Seniorensseminar: Betreutes Wohnen/Service Wohnen



Aufmerksame Zuhörer

„Betreutes Wohnen“ ist ein wichtiger Begriff für alle Menschen, die äl-

ter werden oder behindert sind. Man kann nicht rechtzeitig genug

damit anfangen, sich darüber Gedanken zu machen, sonst kann es eines Tages zu spät sein. Deshalb wurde dieses Thema auch beim Seniorensseminar 2010 in Tann/Rhön wieder auf die Tagesordnung genommen.

In allen Lebensphasen sind Wohnung und Wohnumfeld für Menschen ein wichtiger Ort an dem privater Alltag und Lebensstil gestaltet werden. Das Zuhause ist Quelle für Sicherheit, Selbstständigkeit und persönliches Wohlbefinden. Wer vorausschauend plant, wählt sich daher schon in seinen „besten Jahren“ einen Wohnort, an dem er gute



Seminarteilnehmer

Bedingungen zum Leben vorfindet – und denkt dabei auch daran, dass Wohnung, Haus und Umfeld ein guter Platz sind, um älter zu werden!

Vorsorge früh beginnen

Die Vorsorge, die das Wohnen im Alter betrifft, und alle anderen Dinge, die damit zusammenhängen, kann man nicht früh genug beginnen. Sie betrifft in erster Linie die Gesundheit. Es ist nie zu spät, auch im fortgeschrittenen Alter damit zu beginnen. Dazu gehören eine ausgewogene Ernährung, gesund leben und Bewegung. Dazu gehören aber auch Dinge, die uns im Alter oder bei einer Erkrankung/Behinderung helfen, einigermaßen selbst bestimmt weiter zu leben. Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Betreuungsverfügung sind wichtig. Man sollte aber auch schon rechtzeitig eine Vollmacht zur Beantragung der Beihilfe bei der Beihilfestelle abgeben. Es gibt noch mehrere Arten von Vollmachten, die aufzuführen aber ein eigenes Seminarthema sind. Zu finden sind sie im Zweifelsfall in den Schriften der GdP und auch im APS-Programm der GdP im mitgliederinternen Teil. Da gibt es auch Hinweise zur richtigen Krankenversicherung, zu einer Pflegeversicherung oder einer Unfallversicherung für Senioren. Man sollte generell seine bestehenden Versicherungen dahingehend überprüfen, ob sie auch wichtig und notwendig sind im Alter, ob man sie umstellen muss oder ob man sie kündigen kann. Ein zweischneidiges Schwert ist dabei die Sterbegeldversicherung. In die zahlt man bei län-

gerer Laufzeit oft mehr ein, als man herausbekommt. Das hat schon die Stiftung Warentest festgestellt.

Wohnen im Alter

Wer schon in jungen Jahren die richtige Entscheidung trifft für ein Wohnumfeld, das auch dem Alter gerecht wird, für den trifft das Sprichwort nicht zu: „Einen alten Baum verpflanzt man nicht“. Wer aber in dieser Richtung nicht vorgesorgt hat, der sollte sich schnellstens überlegen, wie er das ändern kann. „Geht nicht!“ gibt es nicht. Alter oder auch eine körperliche und/oder geistige Behinderung führen oft zu Bewegungseinschränkungen. Kann man dann noch die Stufen hochgehen ins Schlafzimmer, muss man einen Treppenlift einbauen, kann man das Schlafzimmer ins Erdgeschoss verlegen, gibt es dort die notwendigen sanitären und altersgerechten Anlagen, hat die Wohnung eine begehbare Dusche oder eine Hebevorrichtung in der Badewanne, sind die Türen breit genug für einen Rollator oder für einen Rollstuhl, hat das Haus in dem man wohnt, einen Aufzug? Kann ich mir in meinem Umfeld die notwendige Unterstützung/Hilfe/Pflege besorgen, gibt es Ärzte in der Nähe, Einkaufszentren, einen öffentlichen Personennahverkehr, habe ich Familienmitglieder, die mich unterstützen, habe ich das Geld, meine Wohnung altersgerecht zu gestalten, gibt es Finanzhilfen? All das sind Fragen, die man sich rechtzeitig stellen und auch beantworten muss. Auch hier finden sich im

APS-Programm der GdP Antworten/Adressen, die weiterhelfen.

Demografische Entwicklung

Nicht vergessen dürfen wir die demografische Entwicklung. Je älter die Menschen werden, und sie werden immer älter, umso höher ist der Anteil an Ein-Personen-Haushalten. Der steigt bei den 80jährigen und Älteren rein statistisch auf zwei Drittel. Die Zahl der Menschen, die sich dann nicht mehr selbst versorgen können, die einen Pflegeplatz/zusätzliche Hilfe benötigen, steigt ständig. Der Wunsch, bis zum Tod in vertrauter Umgebung zu bleiben, geht immer weniger in Erfüllung. Großfamilien, die helfen könnten, gibt es auch immer weniger. Barrierefreie Wohnungen sind nicht überall zu haben, der Umbau oft zu teuer. Man sollte sich bei seiner Gemeinde erkundigen, wer altersgerechte Wohnungen vermietet/verkauft. Man sollte auch nicht davor zurückschrecken, im Zweifelsfall das eigene Haus zu verkaufen. Die Entscheidung für eine neue Wohnung/ein ebenerdiges Haus, sollte rechtzeitig getroffen werden, damit der Umzug nicht so schwer fällt. Man sollte dabei auch bedenken, dass man den Kontakt zum Gesangsverein, zum Sportverein, zu seinen Bekannten und Freunden möglichst nicht verliert. Auch sie sind im Alter notwendig.

„Gemeinschaftliche Wohnformen, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliches Engagement, Hilfe zur Selbsthilfe, all dies sind Möglichkeiten, die wachsenden Lücken im fa-

miliären und staatlichen Versorgungsnetz nicht nur zu flicken, sondern mit neuem Leben auszufüllen“, schreibt die Stiftung Warentest in ihrem kleinen Leitfaden „Leben und Wohnen im Alter“. Es gibt immer mehr „junge Alte“ bei denen das Interesse an Wohnprojekten wächst, die eine Alternative bieten zum familiären Netz.

Wohnformen im Alter

Zunächst einmal muss man überlegen, ob man in der seitherigen Wohnung/im Haus bleiben kann, wenn der Partner/die Partnerin die notwendige Unterstützung leisten kann oder ob man sich Unterstützung/Pflege ambulant dazu kaufen kann. Das gilt auch für altengerechte Wohnungen. Eine andere Alternative ist ein Mehrgenerationenhaus wo mehrere Generationen unter einem Dach wohnen. Dann muss man aber auch in der Lage sein, sich in diese Gemeinschaft einzubringen. Stattdessen kann es

aber auch eine Seniorenwohngemeinschaft sein in einer großen Wohnung, wo mehrere Senioren wohnen und sich gegenseitig unterstützen, und sei es nur beim Einkaufen. Hier ergänzen sich Alleinstehende und Paare. Die dritte Möglichkeit sind Seniorenwohnhäuser/Servicewohnen, betrieben von karitativen/privaten Einrichtungen. Hier kann man Ein- oder Zweipersonenwohnungen mieten/kaufen, mit angeschlossenen Hilfsangebot wie Hausmeisterservice, Wäscheservice/Pflegeservice/Notruf. Auch „Seniorenresidenzen“ gehören in diese Auflistung. Sie sind aber meist nur für gut betuchte Personen gedacht. Da gibt es erweiterte Leistungen, ein angenehmeres Ambiente, eventuell einen oder mehrere Ärzte im Haus und einiges andere mehr. Im Regelfall sind solche „Residenzen“ teuer.

Als letztes Angebot gibt es dann noch die Pflegeeinrichtungen. Zu allen Wohnformen sind aber im

Vorfeld einige Fragen zu klären, z. B. ob der Partner/die Partnerin mit einziehen kann, wie das mit der Finanzierung geregelt ist. Hier darf man keine Angst haben, da die Pflegekassen/Pflegeeinrichtungen die notwendigen Informationen geben zur Finanzierung. Man sollte sich auch nicht davor scheuen, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen.

Die GdP hat auf Bundes- und Landesebene das Thema Betreutes Wohnen/Servicewohnen aufgegriffen. Es ist fester Bestandteil im Seniorenprogramm. Gut wäre es, wenn sich Senioren auf ihrer örtlichen Ebene ein wenig in die GdP-Arbeit einschalteten. Wichtig dabei ist, dass man Einrichtungen für „Betreutes Wohnen“ auf örtlicher Ebene begutachtet, um Empfehlungen geben zu können. Rein juristisch dürfen wir keine direkten Empfehlungen geben, wir können aber über unsere Eindrücke berichten.

Norbert Weinbach

Wichtiges zum Unterhaltsrecht

Nicht nur Kinder haben gegenüber ihren Eltern einen Anspruch auf Unterhalt, sondern auch den Eltern steht gegen ihr Kind ein lebenslanger Unterhaltsanspruch zu. Dieser Anspruch geht jedoch allen anderen Unterhaltsberechtigten im Rang n a c h ! Die Eltern müssen bedürftig und das Kind muss gleichzeitig leistungsfähig sein.

Zunächst haftet für den Unterhaltsanspruch eines Elternteils vorrangig dessen Ehegatte. Die Kinder haften nur im Wege der Ersatzhaftung, wenn der Ehegatte nicht leistungsfähig ist oder sich der Leistung entzieht. Sind mehrere leistungsfähige Kinder vorhanden, haften diese anteilmäßig.

Die Höhe des Unterhalts richtet sich nach dem Bedarf. Dieser orientiert sich an der Lebensstellung der Eltern. Dem unterhaltspflichtigen Kind müssen aber monatlich mindestens 1.400 zuzüglich die Hälfte des darüber hinausgehenden Nettoeinkommens verbleiben. Ist das Kind aufgrund seines Einkommens nicht in der Lage Unterhalt zu

leisten, muss es möglicherweise vorhandenes Vermögen einsetzen.

Das Haus oder die Eigentumswohnung darf man behalten! So entschied der Bundesgerichtshof, und fügte hinzu, dass Kinder für Heimkosten nicht das volle Vermögen einsetzen müssen.

Bedürftigkeit der Eltern kann entstehen, wenn sie über keine ausreichende Altersversorgung verfügen und die Rente nicht für die Kosten eines Altes- oder Pflegeheimes ausreicht. Dabei kommt es häufig zu Auseinandersetzungen, wenn die Kosten für eine Heimunterbringung der Eltern vom Sozialhilfeträger übernommen werden und diese von den Kindern zurückhaben will.

In einem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall verklagte zunächst ein Sozialhilfeträger den Sohn einer in einem privaten Pflegeheim untergebrachten Mutter, deren Einkünfte (Rente und Pflegeversicherung) den Bedarf nicht in vollen Umfang deckte, zur Kostenübernahme.

In diesem Fall war unstrittig, dass der Sohn aus seinen laufenden Einkünften nicht zur Zahlung in der Lage war, obwohl er über einiges Vermögen verfügte.

Der BGH entschied in diesem Fall, dass der Sohn n i c h t sein Vermögen für den Unterhalt seiner Eltern einsetzen müsste. Der BGH führte aus, dass ein Teil seines Vermögens für die allgemeine Lebensführung und ein Teil des Vermögens für eine angemessene eigene Altersvorsorge benötigt würde und deswegen n i c h t für den Elternunterhalt eingesetzt werden muss.

Einschränkungen zur Unterhaltspflicht ergeben sich daraus, dass ein Unterhaltspflichtiger seinen eigenen Unterhalt nicht zu gefährden braucht. Auch die Verwertung eines angemessenen selbstgenutzten Immobilienbesitzes kann in der Regel n i c h t gefordert werden, d.h. das eigene Haus oder die Eigentumswohnung darf man behalten (BGH-Urteil X II 98/04).

K.D.

Tournesol und Gewerkschaft der Polizei



eine Kooperation für unsere Mitglieder

In den vergangenen Wochen und Monaten gab es zwischen der Tournesol Idstein Betriebs GmbH, vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Michelle Klee und ihrem Ehemann Herrn Holger Klee sowie dem stellv. Landesvorsitzenden Lothar Hölzgen, viele vorbereitende Treffen und Gespräche. Ziel war und ist, im Interesse unserer Mitglieder eine Kooperation auf den Weg zu bringen die ein einmaliges Angebot für Gesundheit und Wohlbefinden bedeutet.

Am Anfang stand die einfache Idee. Als Simone Sieger erstmals von dieser besonderen Einrichtung in Idstein erfuhr, erkundete sie die gesamte Anlage und die Angebote aus den Bereichen Wellness, Fitness und ließ das Ambiente auf sich wirken. Den Mehrwert dieser Anlage hat sie sofort erkannt und sich auf den Weg gemacht, um dieses besondere Angebot auch für unsere Kolleginnen und Kollegen zugänglich zu machen. Ihr war bekannt, dass den umliegenden Firmen besondere Konditionen eingeräumt wurden. Nach Prüfung, ob ein solches Angebot auch für alle Polizeibeschäftigten möglich wäre, wurde schnell klar, dass dies vor dem Hintergrund der besonderen Stellung unserer Polizei so nicht gestaltbar ist.

Die Gewerkschaft der Polizei, die in der Vergangenheit und auch in der Zukunft immer wieder auf der Suche nach besonderen und herausragenden Angeboten für ihre Mitglieder Ausschau hält, fand die Idee von Simone Sieger, eine Kooperation zwischen Gewerkschaft und Tournesol für Ihre Mitglieder, super.

Am 03. November 2010 unterschrieben Frau Michelle Klee und Lothar Hölzgen den Kooperationsvertrag.

Tournesol
ZEIT FÜR MICH

Zeit für...
...gesunde & motivierte
Mitarbeiter

Kooperationsangebot
für die Gewerkschaft der Polizei

www.tournesol-idstein.de

Exklusives Rundumpaket, genau das Richtige
für unsere Mitglieder



Wir stellen Euch das Tournesol in den nächsten Zeilen gerne vor.

"Eines" für alle und alles.....

Kontakt

Tournesol Idstein Betriebs GmbH
 65510 Idstein/Nassau Viertel
 Weldertstraße 7 (Navi: Rudolfstraße)
 Tel.: 0 61 26 / 505 77 0
 business@tournesol-idstein.de

Das Tournesol eröffnet im Internet ihren Auftritt mit der Darstellung seiner Philosophie:

„das Leben besteht aus den Momenten, an die man sich bewusst erinnert. Daher freut es uns immer ganz besonders, wenn solche Momente mit Ihrem Tournesol verbunden sind.

Erleben Sie bei uns einen kleinen Urlaub zwischendurch:

Baden Sie in einzigartiger Kuppelbad-Atmosphäre, halten Sie sich im Fitnessbereich gesund und besuchen Sie unsere vielseitige Saunawelt.

Unser Beauty & Wellness Spa verwöhnt Sie mit Behandlungen und Anwendungen der fünf Kontinente, während unsere Eatstein-Küche für Ihr leibliches Wohl sorgt.

Nehmen Sie sich sorgenfrei eine Auszeit, und unsere Minisol Kinderbetreuung spielt liebevoll mit Ihren Kleinen.“

Das Tournesol lässt sich in 4 Bereiche unterteilen:

Das Herzstück ist das Bad, dominiert von der sich öffnenden riesigen Dachkuppel. So wird das Hallenbad schnell zum Freibecken. Unter anderem wurde hier auch an ein Sportbecken (25 Meter), in Bahnen unterteilt, gedacht.



Der Fitnessbereich ist ausgestattet mit pneumatischen Sportgeräten der Firma Keiser GmbH.

Keiser stellt Sportgeräte her mit denen seit 2006 sogar die deutsche Nationalmannschaft trainiert.

Der Cardibereich ist im Vergleich zu Fitnessanlagen der Umgebungen auffällig üppig ausgestattet.

So gibt es 4 Laufbänder, 7 High-tech Spinningräder, Cross- und Hometrainer.

Der Gruppenkursplan ist proper gefüllt, mit allem was das Herz begehrt.

...ein Auszug:

- **Bauch Bein Po**
- **Rückenschule**
- **Step Choreo**
- **Workouts**
- **Spinning**
- **Yoga**
- **Pilates**

Der Gruppenkurplan ist abwechslungsreich und ändert sich saisonal.

Herausragend ist der 95qm große Spinningsaal mit insgesamt 30 Bikes, einer hochwertigen Musikanlage und einem Panoramafenster das den Blick auf den Feldberg genießen und abschalten lässt.



Die Räder bleiben nach dem Kurs stehen und müssen nicht mühsam zur Seite geschoben werden, weil der Raum für andere Zwecke genutzt werden soll.

Diese Fitnesswelt bietet ungeahnte Möglichkeiten zur aktiven Erholung.



Der nächste Bereich ist der Saunapark, eine Welt der Entspannung, wo Alltagsorgen draußen bleiben.

Es ist längst erwiesen, dass das Saunieren der Abhärtung gegen Erkältungskrankheiten, der Gesundheit sowie der Reinigung des Körpers und der Verbesserung des Wohlbefindens dient.

In dieser mächtigen Saunalandschaft mit Saunagarten (insgesamt 2500 m²) findet jeder ein ruhiges Plätzchen in gemütlicher Atmosphäre, getränkt in stimmungsvollem Licht und Klängen die zum Träumen einladen.



Auch hier ist die Abwechslung groß. Es gibt zum Beispiel eine extra Damensauna, eine Biosauna, eine Panoramasauna im Blockhaus und 2 Dampfbäder.

Durch den regelmäßigen professionellen Aufguss wird die Finn-Sauna zum Treffpunkt für schweißtreibende 8 Minuten.

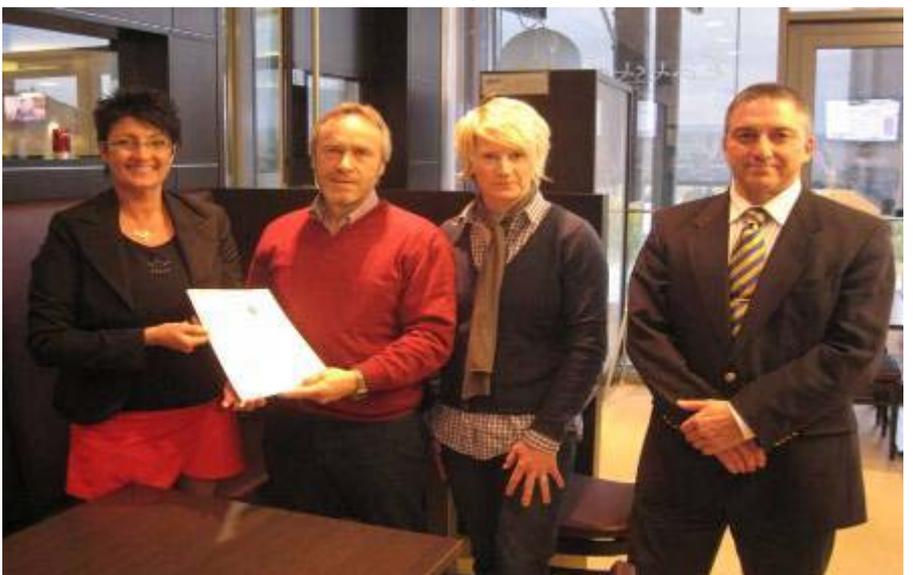
Ein nächster Schwerpunkt legt das Tournesol auf Wellness.

Die Möglichkeiten der Massagen finden sich in diversen Kontinenten wieder. Hier lohnt ein Blick auf die Homepage.

Am Ende eines erlebnisreichen Tages lädt das Restaurant „Eatstein“ zu saftigen Salaten und leckeren Drinks ein.



Das Alles und vieles mehr bekommst Du nach Vorlage Deines GdP-Mitgliedsausweises zu den im Schaukasten aufgeführten Konditionen.



Bei der Vertragsunterzeichnung am 03. November 2010: v. l.: Geschäftsführerin Michelle Klee, Lothar Hölzgen, Simone Sieger und Holger Klee.

Unsere GdP- Konditionen

Bade Abo

€ 32,-/Monat (statt € 48,-)

Sauna Abo

Bad, Sauna

€ 38,-/Monat (statt € 68,-)

Fitness Abo

Bad, Fitness

€ 38,-/Monat (statt € 68,-)**

Premium Abo

Bad, Sauna, Fitness

€ 58,-/Monat (statt € 88,-)**

** zzgl. Fitness-Startpaket € 58,- einmalig
Laufzeit: 12 Aktivmonate + Startmonat

Für die Inanspruchnahme der besonderen GdP-Konditionen braucht Ihr nur euren Mitgliedsausweis vorlegen und schon habt ihr monatlich über 30% gespart.....